

Kreistag aktuell

Informationen der SPD-Fraktion im Kreistag Werra-Meißner

Ländlichen Raum
stärken

Land soll Behörden und Bildungseinrichtungen in den Werra-Meißner-Kreis verlagern

Eine Studie der Landesbank Hessen-Thüringen hat ergeben, dass sich durch den Brexit über 30 Banken mit ca. 3.500 Arbeitsplätzen aus London in die Metropole Frankfurt verlagern. Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einer Resolution die Landesregierung auf, öffentliche Arbeitsplätze in ländlichen Räumen, wie dem Werra-Meißner-Kreis, anzusiedeln. „Laut der schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung will das Land 3.000 Stellen bis 2024 aus den Ballungszentren verlagern. Diese sog. Offensive „Land hat Zukunft“ der Landesregierung ist aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es müssen viel mehr Stellen verlagert werden!“ so Karina Fissmann, Fraktionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete.

Gut leben und arbeiten im Werra-Meißner-Kreis

Damit würden gleichzeitig Ballungszentren wie Frankfurt entlastet, in denen schon heute viele Menschen Probleme haben, ihre Mieten zu zahlen. „Der Werra-Meißner-Kreis ist vorbildlich aufgestellt bei den Themen Familienfreundlichkeit, Schullandschaft, Kita-Plätze, günstigem Wohnraum. Dazu haben wir leerstehende Immobilien, die sich für die Verlagerung von Behörden und Bildungseinrichtungen anbieten. Bei uns lässt es sich gut leben! Dies sollte von der Landesregierung durch die Ansiedlung von Arbeitsplätzen entsprechend unterstützt werden“ so Karina Fissmann.

Bildungseinrichtungen passen perfekt in den Werra-Meißner-Kreis. Dies zeigt sich in Witzenhausen deutlich mit dem Standort der Universität Kassel.



Was hat das Land Hessen in Bezug auf Arbeitsplätze bisher für den Werra-Meißner-Kreis getan?

Was will es zukünftig tun?

Diesen Fragen geht die SPD mit einem Berichtsantrag im Kreistag nach. So sollen durch einen Vertreter der Landesregierung die folgenden Fragen beantwortet werden:

1. Welche Behörden und Standorte mit wie vielen Arbeitsplätzen wurden von der Landesregierung mit der „Operation sichere Zukunft“ im Jahr 2003 im Werra-Meißner-Kreis gestrichen?
2. Was ist von dem neuen Schwarz-grünen Aktionsprogramm „Ländlicher Raum“ zu erwarten?
3. Gleichzeitig soll dargelegt werden, wie und in welchem Umfang der Werra-Meißner-Kreis von dem o.g. Aktionsprogramm profitieren kann.

„Wir erwarten gespannt die Ergebnisse und die Umsetzung durch die Landesregierung!“ so Karina Fissmann und Friedel Lenze.



Radverkehrskonzept im Werra-Meißner-Kreis erforderlich

Die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat einen Antrag auf Erstellung eines Radverkehrskonzeptes im Kreistag auf den Weg gebracht. „Zwar gibt es bereits eine Vielzahl von Akteuren im Bereich der Radwegeplanungen, aber es fehlt eine Zusammenführung der Aktivitäten zu einem einheitlichen, gesamtheitlichen Konzept. Neben einigen durchaus gut konzipierten und ausgebauten Radwegen gibt es dennoch Lücken, welche dringend geschlossen werden müssen“, sagt SPD-Fraktionsvorsitzender Friedel Lenze.

Aus diesem Grund sei es wichtig, die handelnden Akteure zusammen zu bringen, die bereits vorliegenden Erkenntnisse zusammen zu führen und im Anschluss ein zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln, welches die vielfältigen Facetten wie



SPD sieht dringende Notwendigkeit für ein Radverkehrskonzept.

zum Beispiel Schülerverkehr, Freizeit- sowie Tourismusnutzung, Vernetzung mit Bus und Bahn zusammenführt. „Gerade bei gemeindeübergreifenden Lückenschlüssen würde ein Kreiskonzept Synergien schaffen und auch die Fördermöglichkeiten deutlich verbessern“, so Lenze abschließend.

Kita-Finanzierung

Finanzierung von Kindertagesstätten sicherstellen



Im Bereich der Kita-Finanzierung muss nachgebessert werden, damit Kommunen handlungsfähig bleiben.

„Kaum ein Thema beschäftigt die Kommunen im Werra-Meißner-Kreis derzeit so sehr wie die Frage, wie dringend benötigte Kita-Plätze sowohl im Regelbetrieb als auch im Krippenbereich geschaffen und die Millionenbeträge hierfür aufgebracht werden können“, so Michael Zimmermann, SPD-Kreistagsmitglied und stv. Vorsitzender im Finanzausschuss. Der Bund habe mit dem Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020 dem Land Hessen finanzielle Mittel von rund 86 Millionen Euro für Investitionen im Bereich Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt. Viele hessische Kommunen hätten entsprechende Fördermittel beantragt, aber viele seien leer ausgegangen, betont Zimmermann. „Nun wurden im Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2020 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 92 Millionen Euro für den Zeitraum 2021 bis 2024 als Landesförderung eingestellt. Allein im Werra-Meißner-Kreis wurden hierzu 14 Anträge gestellt, wovon nur drei Maßnahmen bewilligt werden konnten, - bis heute gab es noch keine entsprechende Bescheidung“, sagt er. Unter dem Strich stehe allein für die Kommunen im Werra-Meißner-Kreis ein Fehlbetrag von 2,7 Millionen Euro.

Auf Initiative der SPD-Fraktion solle der Kreistag des Werra-Meißner-Kreis daher im Interesse der Kommunen die Landesregierung dazu auffordern, so schnell wie möglich mit rechtsverbindlichen Bescheidungen dafür Sorge zu tragen, dass möglichst alle Maßnahmen die im Rahmen der Kinderbetreuungsfinanzierung beantragt wurden, auch umgesetzt werden können. Des Weiteren solle der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises die Bundesregierung dazu auffordern, erneut in die Investitionsförderung von Kindertagesstätten einzusteigen und ein weiteres Investitionsprogramm aufzulegen, so die Forderungen der Resolution, die Ende Juni im Kreistag eingebracht und einstimmig verabschiedet wurde.

Keine PV-Anlage auf
Deponie

„Standort ist gänzlich ungeeignet!“

Warum die SPD und die Koalitionäre den FWG Antrag zur Errichtung einer weiteren PV-Anlage auf der Deponie ablehnen:

Ist eine weitere Photovoltaikanlage auf dem Deponiegelände ein naheliegender Gedanke?

Für Kommunen und Kreise sind ehemalige Mülldeponien ein Kostenfaktor. Sie können in absehbarer Zeit weder als Baugrund noch als Agrarland genutzt werden. Doch auch solche Flächen konnten zumindest bis Ende 2016 nutzbringend verwendet werden. Daher war es natürlich sinnvoll über eine Nutzung der Deponie Weidenhausen als Standort für eine weitere Photovoltaikanlage nachzudenken.



Stefan Möller

Aber: Mit der Errichtung einer Solaranlage auf einer Mülldeponie sind spezielle Anforderungen verbunden. Beispielsweise werden Gasbrunnen und dazu gehörige Gasleitungen benötigt, über die Deponiegase abgeleitet werden. Weiterhin muss beim Bau der PV-Anlage auf spezielle Drainage-Maßnahmen Rücksicht genommen werden, beispielsweise Kunststoff-Dichtungsbahnen, Betonit-Matten und mineralische Dichtungen.

Auch auf etwas kurios erscheinende Dinge muss geachtet werden: So muss evtl. durch ein „Blendgutachten“ nachgewiesen werden, dass der Verkehr auf der nahegelegenen Landesstraße nicht durch die PV-Anlage beeinträchtigt wird. Um dies dann sicherzustellen zu können, wäre eine spezielle Ausrichtung der Solar-Module erforderlich. Dann stellt sich allerdings die Frage, ob die Anlage noch den entsprechenden Ertrag liefert? Leider ist es nicht einfach damit getan, die Solar-Paneele auf den Hang zu legen. Die vom Kreis in Auftrag gegebenen entsprechenden Gutachten erklären den Standort Weidenhausen für gänzlich ungeeignet. Fundamente können nicht gegründet werden da der Boden instabil ist, Zuleitungen können nicht verlegt werden, Abstände zu vorhandenen Bauwerken können nicht eingehalten werden etc. Neben diesen technischen Problemen bleibt noch die Wirtschaftlichkeit! Für Investoren und Betreiber solcher Photovoltaikanlagen ist die Einspeisevergütung das maßgebliche Kriterium. Und deshalb auch für Weidenhausen das KO-Kriterium. Die Ertragsberechnung ergibt klar, dass eine Anlage in Weidenhausen nicht rentabel ist. Sogar nicht einmal die Investition amortisiert werden könnte. Aber lassen wir mal einfach die Fakten außer Acht, so wie das andere große Politiker tun. Wahrscheinlich werden Dinge real wenn man sie nur oft genug wiederholt. Nicht anders ist der erneute Antrag der FWG zu deuten, eine weitere PV Anlage auf der Deponie zu errichten. Ein begründetes Nein ist eben nicht mehr ausreichend. Aber wir werden dies dann erneut im Umweltausschuss beraten, erneut alle Argumente beleuchten und schlussendlich wieder zu dem gleichen Ergebnis kommen. Eventuell hilft aber auf den Boden werfen und mit den Fäusten auf den Boden trommeln, und ein „ich will aber“!

Schulgesetz
ändern

Kostenloses Schülerticket für alle Schülerinnen und Schüler

Die SPD-Fraktion und ihre Koalitionäre haben eine Resolution eingebracht, die die Landesregierung auffordert, im Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden eine viel diskutierte Schieflage im Bereich des hessenweit gültigen, kostenlosen Schülertickets zu beheben: Bisher ist es so, dass Schülerinnen und Schüler, die näher als 3 km an ihrer Schule wohnen, **keinen** Anspruch auf ein kostenloses Schülerticket haben, das in ganz Hessen zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV berechtigt.

Die Resolution dringt nun darauf, diesen für alle Beteiligten unbefriedigenden Zustand zu beheben: **Alle** Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 1 bis 10 sollen das kostenlose Schülerticket erhalten, und nicht mehr die Nähe des Wohnortes zur Schule oder der Geldbeutel der Eltern sollen über einen kostenlosen Zugang zum ÖPNV in ganz Hessen entscheiden.

„Es gibt keine Alternative zu einem grundsätzlich kostenfreien, aber auch gerechten Schülerticket, das sich von einer



willkürlich gesetzten 3-km-Regel frei macht und allen Schülerinnen und Schülern die gleichen Möglichkeiten der Mobilität in ganz Hessen eröffnet. Das Land muss sich dabei maßgeblich an der Finanzierung beteiligen, denn Schulausflüge und Klassenfahrten gehören zum Bildungsauftrag der Schulen, der einmal mehr kostenfrei und umweltfreundlich erfüllt werden kann. Nutzen wir diese Chance!“, so Dr. Uwe Heinemann, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Impressum:

SPD-Kreistagsfraktion
Wendische Mark 9-13
37269 Eschwege
Tel: 05651 / 9525700

Redaktion:

Friedel Lenze, Karina Fissmann

Fotos: Pixabay, privat